

Dulles überraschend in Europa

Besprechungen in London, Paris und Bonn über die Deutschlandfrage

Washington/Bonn (ap). Der amerikanische Außenminister Dulles ist überraschend zu Besprechungen über die Deutschland- und die Berlin-Frage nach London, Paris und Bonn gereist. Wie das amerikanische Außenministerium mitteilte, sind Gespräche mit Premierminister Macmillan, Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer vorgesehen. Nach Mitteilung amerikanischer Regierungsbeamter ist für die Blitztour des Außenministers nach Europa zunächst eine Dauer von einer Woche vorgesehen.

Die Reise des amerikanischen Außenministers, der in Paris auch mit NATO-Generalsekretär Spaak zusammentreffen soll, steht offensichtlich im Zusammenhang mit Berichten über Differenzen in der Haltung der westlichen Verbündeten in der Deutschland-Politik. Danach sollen Adenauer und de Gaulle sich zugunsten eines härteren Kurses ausgesprochen haben als Macmillan und Dulles. Britische und amerikanische Regierungskreise sollen geneigt sein, bei Verhandlungen mit Moskau eine elastischere Haltung einzunehmen.

Wie aus der Mitteilung des State Department über die Reise des amerikanischen Außenministers hervorgeht, hält es Dulles im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung für nützlich, einen persönlichen Meinungsaustausch mit den Regierungen in Lon-

don, Paris und Bonn zu führen. Das amerikanische Außenministerium verweist darauf, daß die Reise des Ministers lediglich die Bedeutung unterstreiche, welche die westlichen Verbündeten der Einheitlichkeit ihrer Politik bezüglich Berlins und Deutschlands beimessen. Die Reise von Dulles stehe im Einklang mit der bestehenden Praxis der engen persönlichen Kontakte in wichtigen politischen Fragen.

Bonn war unterrichtet

Bundeskanzler Dr. Adenauer ist von dem Besuch des amerikanischen Außenministers in Bonn rechtzeitig unterrichtet worden. In Regierungskreisen wird der Besuch von Dulles begrüßt und die Überzeugung ausgesprochen, daß er zu einer Klärung der Standpunkte in der Berlin-Frage beitragen wird.

minister wird im Rahmen seiner Europa-Blitzreise am Sonntagabend in Bonn eintreffen. Er wird sich etwa zwei Tage in der Bundeshauptstadt aufhalten. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollte die Viermächtekonferenz zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion über die Deutschland- und Berlin-Frage in der zweiten Hälfte Mai stattfinden.

Wie ein Regierungssprecher mitteilte, will Dulles in Besprechungen mit Bundeskanzler Adenauer und Bundesaußenminister von Brentano unterschiedliche Nuancen in den westlichen Auffassungen über die Begegnung der sowjetischen Deutschland-Offensive aus dem Wege räumen. Das Ziel der Besprechungen von Dulles in den westeuropäischen Hauptstädten sei eine klare und eindeutige Antwort des Westens an Moskau. Es sei nicht wahrscheinlich, erklärte der Sprecher weiter, daß Dulles erheblich neue Vorstellungen unterbreiten werde. Die Basis der westlichen Politik sei durchaus einmütig, so daß gewisse Nuancen ohne größere Schwierigkeiten beseitigt werden könnten.

Französischer Vorentwurf

Der Sprecher teilte weiter mit, die französische Regierung habe Ende voriger Woche der Bundesregierung einen Vorentwurf für die Antwort an die Sowjetunion zugeleitet. Wie von unterrichteter Seite ergänzend verlautete, schlägt die französische Regierung einerseits die Zurückweisung der sowjetischen Vorschläge über Berlin und einen deutschen Friedensvertrag und andererseits Ost-West-Verhandlungen über das gesamte Problem und die europäische Sicherheit vor.

Kroll bei Chruschtschow

Lange Unterredung auf Ersuchen des Botschafters

Moskau/Bonn (ap/dpa). Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat den Botschafter der Bundesrepublik, Dr. Hans Kroll, zu einer Unterredung empfangen. Einzelheiten über den Inhalt des Gesprächs, an dem auch der stellvertretende Außenminister Sorin teilnahm, wurden offiziell nicht mitgeteilt. Aus diplomatischen Kreisen wurde jedoch bekannt,

die Unterredung sei lang gewesen. Etwa zur gleichen Zeit suchte in London der dortige sowjetische Geschäftsträger Roschtschin auf eigenen Wunsch den britischen Außenminister Lloyd auf. Es dürften ebenso wie in der sowjetischen Hauptstadt Fragen im Zusammenhang mit der Deutschland- und der Berlin-Frage besprochen worden sein. Der amerikanische Außen-

Pläne und Termine

K.W.B. In der amerikanischen Hauptstadt hat sich eine amerikanisch - britisch - französisch - deutsche Arbeitsgruppe zusammengesetzt, um die westlichen Ansichten zu erarbeiten, die man Moskau als Antwort auf den sowjetischen „Friedensvertrags“-Plan übergeben wird. Wenn auch noch nicht abzusehen ist, bis zu welchen konkreten Themen - Angeboten die Arbeitsgruppe kommen will, so ist doch bereits erkennbar, daß die deutschen Vorschläge den Umfang und die Substanz der westlichen Konzeption wesentlich bestimmen werden. Man setzt sich gewiß nicht in Washington zusammen, um weit weg vom Tatort in Ruhe die Vielzahl der Probleme zu durchdenken, sondern man tut dies fraglos mit Rücksicht auf das Gewicht, das in diesen jetzt notwendig werdenden Auseinandersetzungen Amerika hat.

*

Den Amerikanern und insbesondere ihrem Außenminister John Foster Dulles ist in den letzten Wochen aus den verschiedensten Lagern immer wieder suggeriert worden, sie seien dabei, in ihrer Deutschland-Politik eine Wendung oder mindestens eine Schwenkung zu vollziehen. Dulles kommt nach Europa: nach London, Paris und Bonn. Schon in diesem Entschluß wird man den amerikanischen Wunsch ausgedrückt sehen, das europäische Konzept einstimmig zu machen. Die Tage und Wochen, in denen jetzt die Arbeitsgruppe in Washington an einem Deutschland-Programm zur Verhandlung mit Moskau arbeitet, werden uns allen weitere Klarheit darüber verschaffen. Wir erwarten das, obwohl wir hoffen, daß der Gang der Gespräche nicht durch Bombardements von Projekten und Plänen, Bedenken und Spekulationen auf dem Marktplatz der Zeitungen und der Parteien belastet und verwirrt wird. Woran der Westen bei der Konzipierung seines Deutschland-Angebotes zielen muß, ist vielmehr, eine Grundlage für Verhandlungen zu finden. Der

stärkste Partner für Verhandlungen aber, die die deutsche Frage angehen, ist natürlich Washington. Die Deutschen haben entscheidendes Interesse daran, die Amerikaner in dieser Verhandlungsposition stark und mit Aussicht auf Erfolg zu wissen.

*

Unsere grundsätzliche deutsche Übereinstimmung mit Washington hat einen wesentlichen Teil unserer bisherigen Politik ausgemacht. Es war eine Politik, die uns den freien Teil Deutschlands sicherte und kräftigte. Wenn auch bisher jede tatkräftige Übereinkunft der Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten unsere Haltung zur Sowjetunion ständig beeinflusste, so tun wir jetzt gut daran, in den USA überhaupt den politischen Sachwalter für Deutschland zu erkennen. Das Deutschland-Problem ist von den Sowjets gestellt. Die Berlin-Frage ist zum Angelpunkt der großen Auseinandersetzung hochgespielt worden. Die amerikanische Politik und mit ihr die Politik des verbündeten Westens kann diesen Fragenkreis also nicht mehr als einen Teil ihrer üblichen politischen Krisenbeschäftigung behandeln. Der Schauplatz, den die Sowjets etabliert haben, läßt sich nicht mit einer in Noten oder Gegenklärungen sich erschöpfenden Ignorierung einnebeln. Das amerikanische Wort wird also gewiß über das hinauszuführen haben, was bis jetzt zwischen Moskau und Washington während der letzten Jahre in Sachen Deutschlands gesagt wurde.

*

Die Termine, die jetzt die Diplomatie für die nächsten Monate — freilich noch sehr spekulativ — errechnet, leisten natürlich dem Schlagwort von der „Neuorientierung“ der Politik, die im Zuge sei, Vorschub. Daß wir für den März eine Vierer-Konferenz des Westens erwarten, daß wir im Mai vielleicht an eine Konferenz der Außenminister Amerikas, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion denken können — das bringt allein die Vorstellung von Bewegung in die so festgefrorenen politischen Fronten. Leider aber ist mit dem Wunsch nach Bewegung noch keine einzige politische Frage gelöst

worden. Schon gar nicht hat man sich vom Alldruck unseres schlimmen Schicksals befreit, wenn man den Preis der Neuorientierung für eine trügerische Ruhe zahlt. So kann, was wir den Sowjets als Vorschlag zu Verhandlungen über das Deutschland-Problem anbieten, nicht etwas völlig anderes sein als das, was wir seit eh und je über die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker denken.

*

Für die Vorschläge hierzu haben nicht nur in Bonn und zwischen den Kanzleien in den europäischen Hauptstädten in den letzten Tagen Beratungen einander gejagt. In London hat sich Staatssekretär Scherpenberg mit dem britischen Premierminister und dem Außenminister über spezielle britische Überlegungen hierzu besprochen, und der Austausch der Gedanken mit den französischen Partnern ist auf den normalen diplomatischen Kanälen gelaufen. Wir glauben nicht, daß die Auseinandersetzungen nun schon abgeschlossen sein könnten. Wir halten auch das, was die deutsche Gruppe jetzt in Washington in die gemeinsame westliche Haltung einbringen wird, nur für eine allgemeine Marschroute. Noch haben wir ja auch auf die Interpretation hinzuhören, die die Sowjets ihren Aktionen und Reaktionen geben. Wenn wir vielleicht bereit wären, zu erkennen, daß sie ihre Ultimaten aufgegeben haben, so haben Chruschow und Gromyko in diesen Tagen vom Podium ihres Parteikongresses aus jedenfalls kenntlich gemacht, daß ihnen nur mit einer harten und sehr gewichtigen Gegenkonzeption begegnet werden kann.

Die Termine, die die Sowjets gesetzt haben, waren von vornherein nur als Alarmglocke, nicht aber als reale Aktion gedacht. Sie sind auch nicht wichtig für das, was jetzt von westlicher Seite zu geschehen hat. Auf die Exaktheit der Pläne, die nun zu entwickeln sind, kommt es auch nicht in erster Linie an. Wohl aber darauf, Moskau ein gemeinsames Konzept des Westens zu präsentieren, das die Sowjetunion nötig, dieses Deutschland-Programm zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen.

USA bieten erneut Verhandlungen an

Eisenhower und Dulles für Verständigung mit Moskau über Europa und Abrüstung

Washington (ap/dpa). Die Bereitschaft der USA zu Verhandlungen mit der Sowjetunion in weitgestecktem Rahmen haben Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles erneut zum Ausdruck gebracht. Präsident Eisenhower machte auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz zur Voraussetzung, daß Verhandlungen die Aussicht auf eine grundlegende Verständigung über den Frieden in Europa und in der Abrüstungsfrage eröffnen. Außenminister Dulles vertrat vor dem Außenpolitischen Ausschuß den gleichen Standpunkt, warnte aber nachdrücklich vor hintergründigen Absichten der Sowjetunion.

Eisenhower betonte, daß die USA als Voraussetzung für weitere Fortschritte zunächst eine Verständigung mit der Sowjetunion über den Frieden in Europa und einen allgemeinen Gewaltverzicht erstrebten; später könnten kontrollierte Vereinbarungen über die Frage der Überraschungsangriffe, der Kernwaffenversuche und anderer Probleme folgen.

Es sei das Ziel der amerikanischen Regierung, mit der Sowjetunion zu einem grundlegenden Übereinkommen zu gelangen.

Berlin-Etat

Berlin. Der Berliner Senat erörterte den Etat für das kommende Rechnungsjahr, der nach dem ersten Entwurf mit rund 3,3 Milliarden DM abschließt. Davon entfallen rund 430 Mill. DM auf den Außerordentlichen Haushalt. Der Fehlbetrag soll nach Mitteilung ununterrichteter Kreise mit etwa 90 Mill. DM veranschlagt worden sein. Wie weiter bekannt wird, rechnet man in Berlin mit einer Bundeshilfe in Höhe von rund 1 bis 1,1 Milliarden DM.

gen, von dem ein echter und wirklicher Fortschritt zum Frieden hin abhängt. Im übrigen seien die USA stets bemüht gewesen, mit der Sowjetunion politische Fragen in einem größeren Zusammenhang zu erörtern.

Auf die Frage, ob er Gespräche mit der Sowjetunion vor Ablauf der vom Krenl gesetzten Berlin-Frist für zweckvoll halte, erklärte Eisenhower, seiner Ansicht nach seien alle Gespräche nützlich, die sich fruchtbar mit den Differenzen zwischen den verschiedenen Völkern und deren Regierungen be-

faßten. Erfolgreiche Gespräche in dieser Angelegenheit könnten eine allgemeine Verständigung über den Frieden in Europa und die Bereitschaft beider Seiten auf Gewaltverzicht fördern.

„Unvorsichtige Leute“

Außenminister Dulles erklärte ebenfalls die Bereitschaft der USA zu aussichtsreichen Verhandlungen auf allen Ebenen einschließlich einer Gipfelkonferenz, erinnerte aber gleichzeitig nachdrücklich daran, daß bisher jeder sowjetische Vorschlag zur Berlin-Frage, zum Deutschland-Problem und zur Beendigung des kalten Krieges auf eine Schwächung des Widerstandes der freien Welt gegenüber dem Kommunismus abgezielt habe.

Entscheidende Phase beginnt

Neue Deutschland-Politik des Westens

Bonn (dpa). Die Bundesregierung hat die Serie ihrer Sondierungen und Konsultationen in westlichen Hauptstädten mit einem Besuch von Staatssekretär von Scherpenberg in London abgeschlossen. Die Gespräche Dittmanns und von Eckardts in Washington und von Scherpenbergs in Paris und London sollen berücksichtigt werden, wenn Bonn in den nächsten Tagen seine Haltung für die bevorstehenden westlichen Beratungen festlegt.

Über die Gespräche von Scherpenbergs in London verlautet, die britischen Gesprächspartner hätten erneut ihr Interesse an einer beweglichen Haltung in den Verhandlungen mit den Sowjets hervorgehoben. Premierminister Macmillan hatte vor kurzem von „Bewegung und Anpassung“ in den westlichen

Dulles warnte insbesondere vor einem zweiseitigen Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion, das „vielen unvorsichtigen Leuten ein Gefühl der Erleichterung und darüber hinaus das Gefühl geben würde, daß die Anstrengungen und Opfer nicht mehr notwendig sind, zu denen sie jetzt aufgerufen werden“. Die Sowjetunion versuche seit langem, zu einem derartigen Ergebnis zu kommen. Der kalte Krieg könne nach seiner innersten Überzeugung jedoch nicht auf diese Weise beendet werden, weil das den Sieg des internationalen Kommunismus bedeuten würde.

Als geeigneten Zeitpunkt für eine Ost-West-Konferenz auf hoher Ebene über das Deutschland-Problem und die Frage der europäischen Sicherheit hat Dulles das Frühjahr genannt. Die Vorlage eines neuen und annehmbaren Wiedervereinigungsplanes sei in erster Linie Sache der Sowjetunion; der sowjetische Konföderationsplan sei aber ungeeignet, da er die Spaltung Deutschlands verewigeln würde.

Plänen gesprochen und damit den Standpunkt des amerikanischen Außenministers Dulles von einer Flexibilität des Westens in der Deutschlandfrage unterstrichen.

Die entscheidende Phase der Überprüfung der westlichen Deutschlandpolitik beginnt, wenn Anfang Februar in Washington der Arbeitsausschuß zusammentritt. Der Arbeitsausschuß wird die westliche Antwort auf die sowjetische Note vom 10. Januar entwerfen. Man hält es für nicht ausgeschlossen, daß sie eine ost-westliche Außenministerkonferenz für Anfang April in Genf vorschlagen wird.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Konfirmation nur eine Ost-Not?

Nach der Tagung der evangelischen Synode in Berlin

DT. Berlin (Eigenber.). Vier Tage lang beriet eine außerordentliche Synode der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg über ihre Antwort auf die im letzten Jahr auf volle Touren geschaltete Kampagne für die Jugendweihe. Ebenso wie in den anderen Landeskirchen, die in der Sowjetzone liegen, suchten die Synodalen einen Weg für ihre Gemeinden, in denen immer mehr Eltern vor dem Zwang des Regimes kapitulieren und ihre Kinder zur Teilnahme an der atheistischen Weihe veranlassen.

Sünden der Väter

Im gespaltenen Deutschland erinnert eine zur Staatsdoktrin erhobene Gottlosigkeit plötzlich sehr deutlich daran, daß die Fundamente der evangelischen „Volkskirche“ seit einem Jahrhundert von den Fluten der Säkularisation ausgehöhlt werden. Gewiß, man wußte in Pfarrhäusern und Konsistorien längst davon, aber man hat immer wieder gezögert, die Konsequenzen zu ziehen.

Den Kommunisten der Sowjetzone fällt es deshalb heute nicht schwer, den Hebel anzusetzen. Ihr rigoroser Angriff gegen die Konfirmation trifft die schwächste, zugleich jedoch zentralste Position der Kirche, die bisher die Vorstellung einer das deutsche Volk umspannenden Glaubensgemeinschaft zumindest äußerlich aufrechterhalten hat. Vergeblich haben in den vergan-

gen Jahrzehnten profilierte Theologen (von Wichern bis Bonhoeffer) davor gewarnt, weiter so zu tun, als sei das „christliche Abendland“ von Liberalismus und Industrialisierung unberührt geblieben. Sie blieben Rufer in der Wüste. Jährlich konfirmierte die Kirche Zehntausende junger Menschen, die es aber dabei bewenden ließen, Kirchensteuer-Christen zu sein. Die Kirche hielt an der trügerischen Größe der Zahl fest.

Taktische Antwort

Heute nun wird sie, aus ganz anderen Gründen, in einem Teil Deutschlands zum Rückzug gezwungen, den sie freiwillig nicht antreten wollte, weil sie dem Problem der Konfirmation gegenüber ohne Entscheidung war. Sie vermag im Moment nur eine taktische Antwort auf die Jugendweihe zu geben. Für die Gemeinden in der Sowjetzone ist eine Übergangsregelung in aller Eile beschlossen worden. Die wirkliche Lösung steht noch aus. Sie bereitet den Verantwortlichen schwere Sorgen.

Zweierlei Maß?

Auch die evangelische Kirche in der Bundesrepublik muß diese Frage beantworten. Es ist auf die Dauer unmöglich, jenseits der Elbe den jungen Menschen zu einem Bekenntnis zu rufen, das ihn zum Paria der atheistischen Gesellschaft stempelt, während diesseits der Zonengrenze die Konfirmation weiterhin ein unverbindliches, gesellschaftliches Ereignis bleiben sollte. Die Anwendung eines Kirchengebets gegen Kinder, die unter totalitärem Zwang ein atheistisches Soll erfüllen müssen und die Einsegnung für Kinder in Westdeutschland, bei denen sich viele erst bei der Trauung wieder ihrer kirchlichen Bindung erinnern, wäre zweierlei Maß.

Die evangelische Kirche im Westen Deutschlands ist damit vor eine schwerwiegende Entscheidung gestellt. Von vielen evangelisch-kirchlichen Kreisen geht die Meinung aus, daß eine Änderung der traditionellen Konfirmationspraxis darauf hinauslaufen müßte, erst den ent-

scheidungsreifen jungen Menschen in die Gemeinde aufzunehmen. Man weiß aber, daß sich damit das Risiko verbindet, daß die Gemeinden in der Bundesrepublik genauso wie in der Sowjetzone den Weg von der großen Zahl zu einer kleinen Gemeinschaft gehen müßten.

Ins freiwillige Gétto

Es gibt viele Stimmen, die dagegen sprechen, daß sich die Kirche in der Bundesrepublik in dieses freiwillige Gétto zurückzieht. Psychologische, finanzielle und auch theologische Hemmungen stellen sich ein. Mit der Aufgabe der „volkskirchlichen“ Formen könnte die Räumung zahlreicher gesellschaftlicher Positionen verbunden sein. Überdies hegt mancher Theologe noch die Hoffnung, man könne in einem Staat, der dem christlichen Glauben freundlich gesinnt ist, das Gebäude der „Volkskirche“ mit neuem Leben erfüllen. Ansätze dazu gab es ja seit 1945. Der Kirchentag und die Evangelischen Akademien sind einige der Experimente am Rande der Kirche, wo die Begegnung mit der säkularisierten Welt gesucht wird. Man hat keine Mühen gescheut, einer „anders gewordenen Welt“ mit neuen Formen zu begegnen.

Atheismus in Ost und West

Doch alles vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß die Kirche in Ost und West vor der gleichen Situation steht: vor einer immer größeren Entfernung des praktischen Lebens vom Glauben. Die Ideologen des Marxismus-Leninismus haben sich das zunutze gemacht und könnten jetzt die Kirche in ihrem Machtbereich nötigen, überfällige Entscheidungen zu treffen. Die Gemeinden im Westen sind von diesem Druck frei. Sie können einen anderen Weg wählen, als er in der Sowjetzone gegangen werden muß. Daß es darüber zu einer inneren Spannung im deutschen Protestantismus kommen könnte, der gegenwärtig die letzte Klammer des gespaltenen Deutschland ist, erfüllt viele Menschen in Ost und West mit tiefer Sorge.

Verdienst um Berlin

Berlin (dpa). Führende Vertreter des Berliner Kulturlebens sind durch den Bundespräsidenten mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet worden. Es handelt sich um den Intendanten des Schiller- und des Schloßpark-Theaters, Boleslaw Barlog, den leitenden Dirigenten des Berliner Philharmonischen Orchesters, Herbert von Karajan, den Direktor der Hochschule für Musik, Boris Blacher, und den Verleger Reinhard Jaspert,

Chrustschows Siebenjahresplan

DT. Auf dem Parteitag der Kommunisten in Moskau schwelgt man in den großen Ziffern eines neuen Siebenjahresplanes. Man will fünf Jahre später, also in zwölf Jahren, sogar den amerikanischen Lebensstandard erreicht oder gar überholt haben. Wir können nur begrüßen, daß sich die Kommunisten ein so friedliches und konkretes Ziel gewählt haben, das für lange Zeit ihre ganzen Kräfte beanspruchen dürfte. Wir können zwar die Ziffern und die künftigen Erfolgsmel-

auch andere Staaten einzuholen; denn der amerikanische Ehrgeiz, noch mehr unverkäufliche Agrargüter zu erzeugen, die eingalergert werden müssen, wird nicht allzu groß sein. Mehr als sich satt essen bei einer qualitativ hochwertig zusammengesetzten Kost kann man nämlich nicht. Daß dies in Rußland anscheinend noch nicht der Fall ist, beweisen seine hochgespannten Fernziele der Agrarerzeugung.

Auch andere, auf den ersten Blick imponierende Ziffern, verlieren ihren Glanz, wenn man Vergleiche anstellt. Die Wohnungsnot in allen kommunistischen Ländern ist weltbekannt. Wenn jetzt in sieben Jahren für ein Volk von 200 Millionen Einwohnern, das überdies in der Industrialisierung, d. h. also im Umziehen vom Lande in die Städte begriffen ist, 15 Millionen Wohnungen gebaut werden sollen, dann würde das knapp die Baurate (Wohnungen je 1 Mill. Einwohner) erreichen, wie sie in der Bundesrepublik schon jahrelang verwirklicht wurde. Schließlich hat Chrustschow bis zum Ende der sieben Jahre eine Erhöhung des Realeinkommens je Beschäftigten um 40 Prozent in Aussicht gestellt. Das wäre also das handfeste Endergebnis des Planes, wenn nichts schiefliegt.

Auch wir haben sieben Jahre des Aufstiegs hinter uns. In dieser Zeitspanne erfolgte eine Erhöhung des Realeinkommens je Erwerbstätigen in der Bundesrepublik um nahezu 50 Prozent. Wir gönnen dem russischen Volk in seinem Auf-

holungsprozeß einen ähnlichen Erfolg. Wenn uns Zweifel beschleichen, rührt das daher, daß die deutsche Sowjetzone unter einem ähnlichen Wirtschaftssystem so weit hinter Westdeutschland zurückblieb, obwohl nach dem Kriege ähnliche Startbedingungen vorhanden waren. Selbst der Vorsitzende der Plankommission, Leuschner, hat das vor der sogenannten Volkskammer kürzlich bestätigt, als er davon sprach, daß die Arbeitsproduktivität in der Sowjetzone in sieben Jahren verdoppelt werden müßte, damit die Bundesrepublik eingeholt bzw. überholt werden könne.

Chrustschow hat dem russischen Volk die Abschaffung der schweren Handarbeit versprochen, ein Vorgang, der im Zuge der Industrialisierung auch in anderen Ländern eintrat. Westeuropäischen Augen hat es immer weh getan, wenn sie auf Rußlandreisen russische Frauen Schwerstarbeit verrichten sahen. Die versprochene Beseitigung aller Steuern in Rußland ist selbstverständlich nur ein Wortspiel. Selbstverständlich lebt die nicht kleine russische Bürokratie vom Staat und dieser aus der Volkswirtschaft. Diese muß auch Raketen, Sputniks und allerhand anderes finanzieren. Ob das Geld dafür über die Betriebe erst zum Verbraucher und dann als Steuern zum Staat gelangt, oder ob es direkt vom Betrieb in die Staatskassen fließt, ist für die Sache belanglos. Kein Kenner der Zusammenhänge wird bestreiten, daß der sowjetische Staat seine Bürger für Staatszwecke schwer belastet, stärker wohl, als dies kapitalistische Länder tun.

Kritik aus Kairo

Kairo (dpa). Als eine „Eimischung“ in die Angelegenheiten der Vereinigten Arabischen Republik hat der Herausgeber der Kairoer Zeitung „Al-Acham“, ein enger Freund von Staatspräsident Nasser, die Darlegungen Chrustschows über den Nahen Osten auf dem XXI. Parteitag zurückgewiesen. Chrustschow hatte unter anderem über die ideologischen Differenzen mit den arabischen Führern referiert und sie wegen ihres antikommunistischen Feldzuges kritisiert. Zu der Behauptung Chrustschows, ein Kommunist sei fehlerfrei, schreibt der Herausgeber: „Stalin war 30 Jahre lang das Oberhaupt der kommunistischen Welt, Chrustschow jedoch der erste, der gegen ihn zu Felde zog ... Unser ganzes Volk liebt und respektiert die Sowjetunion, weil sie für uns einsteht. Wir verhalten uns so gegenüber der Sowjetunion nicht wegen, sondern trotz der einheimischen Kommunisten ... Wir glauben, daß der Kommunismus für unser Land nicht gut ist.“

„Al-Acham“ ist die erste ägyptische Zeitung, die sich kritisch mit den Ausführungen Chrustschows auseinandersetzt.

dungen nicht nachprüfen. Es soll uns aber freuen, wenn das russische Volk einmal genug zu essen haben wird, sofern die geplante Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung um 70 Prozent in sieben Jahren gelingen sollte. Auf diesem Gebiet dürfte es ihnen am leichtesten fallen, die Amerikaner oder

Anklagen gegen Perwuchin

Moskaus Vertreter in Ostberlin soll sich verantworten

Moskau (ap). Der sowjetische Botschafter in der Sowjetzone, Michael Perwuchin, und der ehemalige Wirtschaftsplaner Saburow sind neben den bekannten Mitgliedern der „parteilichlichen Gruppe“ vom Parteisekretär des Bezirkes Leningrad, Spiridonow, aufgefordert worden, ihre Aktionen vor dem XXI. Parteikongreß zu verantworten. Perwuchin war nach Ausschaltung der „partei-

feindlichen Gruppe“ um Malenkow und Molotow im Juli 1955 aus dem Präsidium ausgeschieden, aber noch Kandidat des Präsidiums geblieben.

Bei der Eröffnung des Parteikongresses war Perwuchin zwar zugegen gewesen, doch wurde er als einziger Präsidiumskandidat oder -mitglied nicht in das Kongreßpräsidium oder in einen der Kongreßausschüsse gewählt.

Deutschland-Vorschläge der FDP

In Bonn unterbreitet — Vorerst keine Veröffentlichung

W. Bonn (Eigenbericht). Als erste deutsche Partei hat die FDP Gegenvorschläge zu dem sowjetischen Deutschland-Plan ausgearbeitet und dem Bundeskanzler, Bundesaußenminister und den Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen zugeleitet.

Das ganze Vertragssystem sieht die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit vor, ferner ein europäisches Sicherheitssystem auf der Grundlage des Eden-Plans von 1955 und des Rapacki-Plans. Das wiedervereinigte Deutschland soll weder einem östlichen noch einem westlichen Militärpakt angehören, aber über eine eigene Nationalarmee verfügen.

Vorschläge kommt, dürften vor allem drei Fragen eine Rolle spielen:

1. Ist eine Verteidigung Europas noch möglich, wenn Deutschland aus dem Atlantikpakt ausscheidet und die westlichen Truppen aus Westdeutschland abziehen?

2. Ist zu erwarten, daß die Sowjetunion und die Machthaber in Ostberlin einer Abschaffung des kommunistischen Systems in der Sowjetzone zustimmen?

3. Würde das vorgeschlagene Verfahren nicht dazu führen, daß im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen Ostberlin den Triumph einer Anerkennung durch den Westen davontrüge?

Es wäre keine Überraschung, wenn Dr. Adenauer und seine Mitarbeiter auf alle drei Fragen eine höchst skeptische Antwort geben.

Verdünnte Zone

Die militärische Seite der FDP-Vorschläge sieht folgendermaßen aus: entsprechend dem Rapacki-Plan soll eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa eingerichtet werden, zu der auch das wiedervereinigte Deutschland gehören würde. Alle ausländischen Truppen, die sich auf deutschem Boden befinden, sollen in einer bestimmten Frist nach Inkrafttreten des Friedensvertrages in Etappen aus Deutschland abgezogen werden. Ein dünner Schleier von westalliierten und sowjetischen Truppen würde aber auf deutschem Boden vorhanden bleiben, da durch einen gleichzeitig abzuschließenden europäischen Sicherheitsvertrag entsprechend dem Eden-Plan ein Netz von Erd- und Luftinspektions-Kommissionen eingerichtet werden soll, das offenbar zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs dienen soll.

Drei entscheidende Fragen

Die FDP erwartet, daß ihre Vorschläge bei den weiteren Besprechungen der Fraktionsführer mit Bundeskanzler Dr. Adenauer und bei den Beratungen im Auswärtigen Ausschuß eine bedeutende Rolle spielen werden. Tatsächlich dürfte es sich um die bisher folgerichtigste Durchführung der Gedanken handeln, die in den letzten Jahren über eine Verbindung zwischen der deutschen Frage und einem militärischen Auseinanderrücken der Großmächte in Mitteleuropa entwickelt worden sind. Wenn es zu einer genaueren Prüfung der

„Helfen Sie Ihren Kindern“

Synode appelliert an die Eltern der Konfirmanden

Die Provinzialsynode Berlin-Brandenburg beschloß, einen Brief an die Eltern der Konfirmanden zu senden. Er hat folgenden Wortlaut:

„Liebe Eltern! Wir kennen Ihre Fragen und Ihre Nöte in bezug auf die Konfirmation. Es hat sich in den letzten Jahren einiges geändert. Wir leben in einer Welt, die nicht mehr christlich sein will, und können deshalb vieles nicht mehr so tun, wie es unsere Eltern oder Großeltern gewohnt waren. Dazu gehören z. B. unsere großen Konfirmationsfeiern, an denen früher fast selbstverständlich alle Jungen und Mädchen im entsprechenden Alter teilnahmen. Das ist heute so nicht mehr möglich.

Bei der Konfirmation geht es vor allem um den Unterricht, das Bekenntnis und den ersten Gang zum heiligen Abendmahl. Denn ein rechter Christ muß Bescheid wissen in der Bibel und in der Kirche. Er muß lernen, wie man als Christ in der Welt leben und wie man ein Glied der Abendmahlsgemeinde werden kann. Und jeder, der das gelernt hat, muß wissen, wie gerade er mit seinen Gaben in der Gemeinde unseres Herrn Jesus Christus helfen kann.

Darum bitten wir Euch, zu verstehen, daß man als Christ nicht — auch nicht unter Druck — ein öffentliches Bekenntnis ablegen kann, das verstanden wird als ein Bekenntnis in dem Sinne „es gibt keinen Gott“.

Viele von Ihnen meinen, dem Druck nicht mehr widerstehen zu können. Sie trauen es Christus nicht zu, daß er ihnen in ihrer Existenznot helfen kann. Wer aus diesem Grund seine Kinder zur Jugendweihe schickt, muß sich klarmachen, daß er dann ehrlicher Weise seinem Kind nicht zumuten darf, zu gleicher Zeit — in der Konfirmation — zu sagen: „Ich glaube an Gott, den Allmächtigen, meinen Schöpfer und Heiland.“

Wir tragen solche Schuld und Last mit Ihnen und Ihren Kindern zusammen und wollen uns nicht von Ihnen trennen. Niemand soll in seinem Kleinmut und Kleinglauben denken, er sei allein und ohne Hilfe. Aber wir bitten auch herzlich: Trennen Sie sich nicht von uns. Lassen Sie uns zusammenbleiben. Helfen Sie Ihren Kindern, daß sie zu Rüststunden und zur Jungen Gemeinde kommen, bis sie zur Konfirmation zugelassen werden können. Kommen auch Sie mit ihnen zum Gottesdienst. Wir werden diejenigen, die in der Gemeinde Jesu Christi Heimat haben wollen, nicht allein lassen. Denn wir gehören um Christi willen zusammen.

Wir grüßen Sie mit der Jahreslosung 1959: „Glaubet ihr nicht, so bleibet ihr nicht.“

Jahrestag der Blockade

Truman, Attlee und Schuman zum 12. Mai eingeladen

Berlin (Eigenbericht). Der zehnte Jahrestag der Beendigung der Berliner Blockade soll am 12. Mai in Berlin in Anwesenheit des Bundespräsidenten Theodor Heuss feierlich begangen werden. Nach den Plänen des Senats sollen zu den zahlreichen vorgesehenen Veranstaltungen die führenden westalliierten Politiker der Blockadezeit, Truman, Attlee und Schuman, sowie die ehemaligen Militärgouverneure Clay, Robertson und Koenig eingeladen werden. Außerdem erwartet man die damaligen Stadtkommandanten der Westmächte, Howley (USA), Herbert und Bourne (Großbritannien), Ganeval (Frankreich), die Kommandeure der Luftbrücke sowie die Angehörigen der gefallenen Luftbrückenfieger.

Höhepunkt der Feierlichkeiten sind eine Gedenkstunde mit

Kranzniederlegung am Luftbrückendenkmal und eine Großkundgebung in der Deutschlandhalle. Am Vormittag sind Schulfeiern vorgesehen. Bundespräsident Heuss gibt am Abend des 12. Mai im Schloß Bellevue einen Empfang, das damit gleichzeitig seiner Bestimmung als Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten übergeben werden soll.

Für die Berufsausbildung jugendlicher Hinterbliebener der Luftbrückenopfer und für den Austausch amerikanischer, britischer und französischer Studenten soll eine öffentliche Geldsammlung „Luftbrückendank“ stattfinden, die von einer Straßensammlung der Jugendorganisationen unterstützt wird. Die dabei aufkommenden Geldmittel sollen von einer Stiftung verwaltet werden, die auch über Stipendien zur Berufsausbildung entscheidet.

SED schürt Kirchenkampf

Stellungnahme zu den Katholiken-Prozessen in der Zone

Berlin (Eigenmeldg.). Zu den zahlreichen Prozessen gegen katholische Geistliche und Laien in der Zone hat das bischöfliche Ordinariat Berlin eine Stellungnahme herausgegeben. Darin heißt es, in den Verfahren sei die den richterlichen Instanzen vorgeschriebene Linie offenbar geworden, den Kampf des ZK der Sozialistischen Einheitspartei gegen Religion und Kirche durch harte Strafen zu unterstützen. Insbesondere solle die Religionsfreiheit auf die Ausübung des Kults beschränkt und darüber hinaus die Einheit des Bistums Berlin untergraben werden. Die Prozesse sollten schließlich für den kirchlichen Bereich den Beweis erbringen, daß Westberlin im Sinne der augenblicklichen kommunistischen Propaganda als ein Unruheherd anzusehen sei.

In der gleichen Ausgabe, in der die Stellungnahme des Ordinariats wiedergegeben wird, übt das Berliner „Petrusblatt“ scharfe Kritik an den Beschlüssen des SED-Zentralkomitees über die „sozialistische Erziehung“ in der Zone. Das Blatt

schreibt, die SED habe offenbar die Absicht, das Kind schon von den ersten Klassen seiner Schulzeit an nur unter dem Blickwinkel seiner Verwendbarkeit für die Produktion zu betrachten. Ein Christ könne in der „DDR“ nur noch Fachlehrer sein, dürfe jedoch keinen geistigen Einfluß mehr in der Schule ausüben.

Synagogenschänder gefaßt?

Düsseldorf (ap/dpa). Die Düsseldorfer Kriminalpolizei hat den 25-jährigen Helmut Klier unter dem Verdacht festgenommen, die Türen der Düsseldorfer Synagoge mit Hakenkreuzen beschmiert zu haben. Untersuchungen des Bundeskriminalamtes ergaben, daß weiße Farbspritzer an Kliers Kleidung von der gleichen Farbsorte stammen, die zum Beschmieren der Synagoge verwendet worden war. Klier konnte bisher weder die Farbspuren erklären noch ein Alibi für die Tatzeit erbringen.

Der Verhaftete gehörte bis zum Verbot der KPD dieser Partei an.

Gegen Volksverhetzung

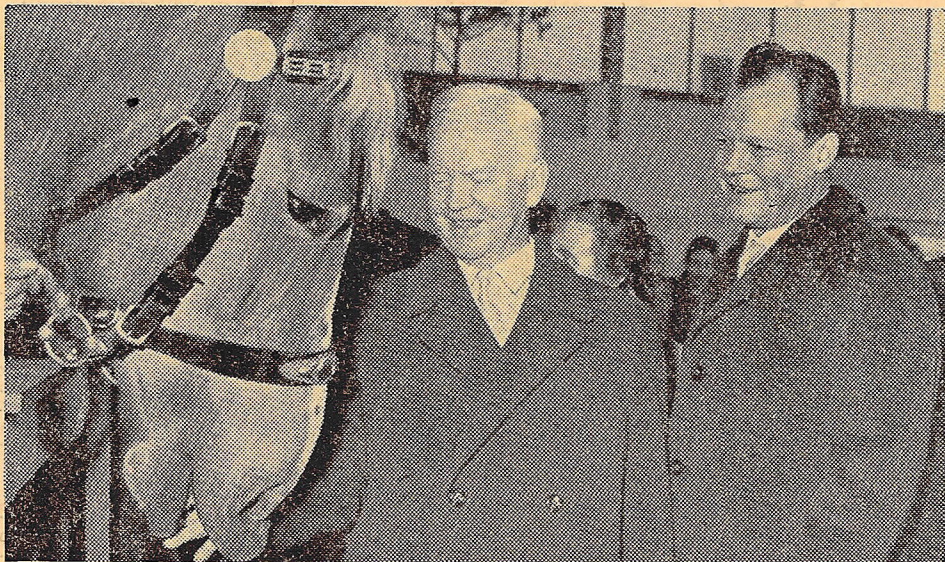
Bonn (dpa). Die Bundesregierung hat dem Parlament den vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf gegen Volksverhetzung zugeleitet. Er gibt dem Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches folgende Fassung: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise 1. zum Haß gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstachelt, sie beschimpft oder sie böswillig verächtlich macht oder 2. wider besseres Wissen verunglimpfende Behauptungen tatsächlicher Art über sie aufstellt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.“

Kirchenschänder

Berlin (Eigenbericht). Kirchenschänder verwüsteten die evangelische Dorfkirche in Alt-Heiligensee. Die Verbrecher, die durch ein eingeschlagenes Kirchenfenster eingestiegen waren, zerstreuten über 100 Gesangbücher in der Kirche, rissen den Altarschmuck herunter, gossen das Wasser aus den Blumenvasen über den Altar, warfen die Opferbüchsen herum, kletterten auf die Empore, brachen etwa ein Dutzend Orgelpfeifen heraus und schleuderten sie von oben ins Kirchenschiff hinunter. Die Kirche sah nach Mitteilung der Polizei „wie nach einer Schlacht“ aus. Die Täter brachen außerdem in der Sakristei eine Konfirmanden-Sammelbüchse auf und stahlen daraus einen kleinen Geldbetrag. Zwei junge Burschen waren vermutlich die Kirchenschänder. Passanten beobachteten, wie sie aus dem Kirchenfenster herauskletterten und die Flucht ergriffen.

Moskau lenkt ein

Helsinki (ap). Die seit einigen Monaten von der Sowjetunion boykottierten Wirtschaftsverhandlungen zwischen Moskau und Helsinki sollen auf sowjetischen Vorschlag in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. In Helsinki wird erwartet, daß Handelsminister Karjalainen entweder in Moskau oder Helsinki mit sowjetischen Wirtschaftsexperten zusammenkommen wird.



BILDER DER WOCHE. Oben: Aufs richtige Pferd setzte Bundesernährungsminister Lübke bei der Eröffnung der „Grünen Woche Berlin 1959“. Daneben Regierender Bürgermeister Brandt. — Unten: Deutscher Erfolg in St. Moritz. Bei der Internationalen Viererbob-Meisterschaft der Schweiz eroberte die deutsche Mannschaft mit (von links nach rechts) dem Steuermann Franz Schelle, Leonhard Geiger, Josef Sterff und Otto Göbel den ersten Platz.

